

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1919**

122 (13.3.1919) Abendausgabe



# Badische Presse.

Generalanzeiger für Karlsruhe und das badische Land.

Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe.  
Weitläufigste Bezugszahl vor allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

**Bezugs-Preise:**  
 A ohne Post, 1.22 1.43  
 B mit Post, 1.35 1.56  
 In Karlsruhe: Ausgabe A B  
 Im Verlag abholt 1.22 1.43  
 in d. Umgebungen 1.35 1.56  
 frei ins Haus ge-  
 liefert 1.55 1.55  
 Nachwärts: bei Ab-  
 holung a. Posthalter 1.22 1.43  
 Durch d. Briefträger  
 tägl. 2 mal ins Haus 1.45 1.67  
 Einzelnummer . . . 10 Pf.

**Geschäftsstelle:**  
 Sitze- und Samml.-Gde. nächst  
 Kaiserstraße und Marktplatz.  
 Postfach-Nr. 8850.

Einzelnummern und Beleg von  
 Herrn Biergarten.  
 Verantwortlich für Inhalt, Schrift-  
 und Druck: Albert Gerag.  
 Druck: H. Gerag, Kaiserstr. 8850.  
 Verleger: H. Gerag, Kaiserstr. 8850.  
 für den Anzeigenteil: H. Gerag, Kaiserstr. 8850.  
 Berliner Vertretung: Berlin W 10.  
 Anzeigen.  
 Die Druck- und Verlags-  
 Anstalt, gegründet 1878, hat  
 an erster Stelle die Aufgabe, die  
 außerordentlich große Anzahl von  
 Anzeigen zu drucken und zu  
 veröffentlichen. Die Aufnahme  
 von Anzeigen ist jederzeit  
 möglich. Die Preise sind  
 sehr billig. Die Anzeigen  
 werden in der Regel am  
 nächsten Tage veröffentlicht.  
 Bei besonderen Wünschen  
 sind wir jederzeit bereit,  
 die Anzeigen zu drucken  
 und zu veröffentlichen.

Nr. 122. Telefon: Geschäftsstelle Nr. 66. Karlsruhe, Donnerstag den 13. März 1919. Telefon: Redaktion Nr. 803. 35. Jahrgang.

## Zum Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland.

Wien, 12. März. In der konstituierenden Nationalversammlung gedachte zu Beginn der heutigen Sitzung Präsident Seig in erregenden und ehrenvollen Worten der Männer, die im Norden und Süden des Landes für ihre Deutschheit den Opfertod, für die Verteidigung des heiligsten Rechtes der Völker, des Selbstbestimmungsrechtes, erlitten haben. Die Versammlung ehrt das Andenken der Gefallenen durch Erheben von den Sitzen.

Staatssekretär für Aussen, Dr. Bauer, gab dann eingehende Aufklärung über seine Besprechungen in Weimar und Berlin und erklärte, die Unterredungen, die er mit dem reichsdeutschen Reichspräsidenten, mit den Mitgliedern der deutschen Reichsregierung, sowie mit Parlamentariern aller Parteien gehabt habe, besichtigten ihn in der Überzeugung, daß das ganze deutsche Volk ohne Unterschied der Partei über den Zusammenschluß mit Oesterreich völlig einig sei. (Lebhafte Zustimmung und Beifall.) Wir können und wollen zum Reich nicht anders kommen als durch unsere eigene, freien und vom Reich völlig unabhängigen Entschlüsse. Aber wenn wir diesen Entschluß fassen, sind wir der vollen Überzeugung, daß wir in Deutschland aufgenommen werden mit offenen Armen, willkommen heißen mit brüderlicher Gelassenheit, und daß wir im Reich vollen Respekt finden für die geschichtliche Eigenart Deutsch-Oesterreichs, volles Verständnis dafür, daß wir unsere wirtschaftlichen Bedürfnisse innerhalb des Reiches voll befriedigen können. (Lebhafte Zustimmung und Beifall.)

Die von uns der deutschen Reichsregierung gemachten Vorschläge über die Durchführung der Verhandlungen über den wirtschaftlichen und staatsrechtlichen Zusammenschluß wurden ohne jede Änderung angenommen. Es ist in Aussicht genommen, daß eine Reihe von parallel verlaufenden Kommissionen in nächster Zeit zusammenzutreten soll. Sie sollen zum Teil in Wien, zum Teil in Berlin, aber auch in München und Leipzig tagen. Eine dieser Kommissionen wird sich zunächst mit den rechtlichen Fragen, mit der Frage der Rechtsausgleichung, beschäftigen. Eine 2. Kommission wird die wirtschaftlichen Fragen behandeln. Eine 3. Kommission wird sich mit der Übernahme der deutsch-oesterreichischen Beamten in den deutschen Reichsdienst zu beschäftigen. Eine weitere Kommission wird die sozialpolitischen Fragen behandeln.

Der Redner sprach die Verhandlungen, die unter dem Vorsitz des deutschen Staatssekretärs Grafen Bredowitz-Randenau stattfanden, und erklärte: Das Ziel war der Eintritt Deutsch-Oesterreichs in das deutsche Volksgemeinschaft. Dieser Eintritt ist aber voraus, daß die Produktionsbedingungen und die Produktionskosten, soweit es nur möglich ist, mit einander ausgeglichen werden. Wir brauchen eine gewisse Uebergangsperiode, in der die Interessen unserer deutsch-oesterreichischen Industriellen innerhalb des deutschen Volksgemeinschafts einen besonderen Schutz genießen werden. Man hat in diesen Fragen in Berlin die größte Bereitwilligkeit gezeigt.

## Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

Deutschland und die Friedensverhandlungen.  
 Berlin, 13. März. (Privat.) In der Besprechung der von Deutschland bei den kommenden Friedensverhandlungen zu verfolgenden Ziele führte der Vorsitzende, Reichsgraf Bernstorff, u. a. aus, daß uns nach den bisher vorliegenden Presseberichten in 8 bis 14 Tagen der Entwurf für einen Präliminarfrieden vorgelegt werden würde, der uns vorläufiglich von den folgenschwersten Entschlüssen stellen würde. Die Kolonialfrage, die Arbeiterfrage u. a. würden wahrscheinlich erst beim Hauptfrieden zur Verhandlung kommen.

Bernstorff teilte mit, daß das die Territorialfragen betreffende Material fertiggestellt sei und für diese Frage Sachverständige bestellt wären. Allgemein betonte der Reichsgraf, daß die Reichsregierung strikte auf dem Standpunkt stehe, daß für die kommenden Friedensverhandlungen lediglich die von Deutschland als auch von seinen Gegnern angenommenen 14 Punkte des Präsidenten Wilson, sowie die in seinen vorläufigen Kundgebungen aufgestellten Grundsätze einer gerechten Friedensregelung die Richtschnur zu bilden haben würden.

## Erzberger nicht in der Friedensdelegation.

Wien, 13. März. Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, hat Reichsminister Erzberger trotz wiederholter Witten den Eintritt in die deutsche Friedensdelegation abgelehnt.

## Von der deutschen Waffenstillstands-Kommission.

Wien, 13. März. Sitzungsbericht der Waffenstillstands-Kommission vom 11. März. Die französische Kommission gab bekannt, daß die Verhandlungen über das Lebensmittelabkommen und die damit im Zusammenhang stehenden Schiffahrts- und Finanzfragen in Brüssel am 13. März um 11 Uhr vormittags beginnen.

Die Mitglieder haben in ihrer Entscheidung die Ausfuhr von Munitionsgut aus dem besetzten und unbesetzten Gebiet grundsätzlich gestattet, hat jedoch eine endgültige Entscheidung bis zur Beendigung der Verhandlungen im besetzten Gebiet vorbehalten.

Die Ausfuhr von Munitionsgut für Truppen der Verbände deutscher Steindücker will die Entente in den Grenzen der Möglichkeit gewähren.

Weiterhin überreichte der deutsche Vorsitzende den Alliierten Mitteilungen über die letzten Vorgänge an der russischen Front und bemerkt, daß die deutschen Truppen in den nächsten Tagen zurückgezogen werden müßten, wenn die Alliierten das Verbot der deutschen Truppenabfuhr durch die Ostsee weiterhin anstrengt erhielten. Damit werde Deutschland einschließlich Litauen dem Bolschewismus ausgesetzt, falls nicht schnellstens Truppen anderer Mächte den Schutz übernehmen.

## Zur Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Amsterdam, 12. März. Heute haben hier die Verhandlungen zwischen der deutschen Kommission unter dem Direktor der

Nationalbank, Dr. Schach, und einer alliierten Kommission begonnen, die einen Teil der Verhandlungen über die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln gegen eine entsprechende Ausfuhr von deutschen Produkten bilden.

Wien, London, 12. März. Reuter. Der Pariser Korrespondent des „Daily Telegraph“ telegraphiert, er erfahre von der amerikanischen Friedensdelegation, daß zur Versorgung Europas 360 000 Tonnen Lebensmittel monatlich notwendig sind. Diese Lebensmittel werden zunächst hauptsächlich aus Weizen und Fleisch bestehen. Der größere Teil kommt aus den Nordweststaaten Amerikas. Der Oberste Weltmarkt wird alles nur Mögliche tun, um Deutschland mit Lebensmitteln zu versehen; aber es wird in der Lebensmittelversorgung einen Vorzug eingeräumt erhalten.

Amsterdam, 12. März. Die „Times“ meldet aus New York, daß das Getreideausfuhrverbot aufgehoben worden ist.

## Zur Herabsetzung der deutschen Armee.

Amsterdam, 13. März. „Nieuws van den Dagh“ schreibt: Schon mit Rücksicht auf das ansehnliche Erbe der österreichischen Staaten, die neu gebildet werden, ist die Herabsetzung der deutschen Armee auf 100 000 Mann etwas, was unbedingt erscheinen muß. Die Polen allein hätten eine Armee von 600 000 Mann auf die Beine stellen und sind an keine Einschränkung der Mannschaften gebunden. Wie sieht Deutschland in der Ostsee gegenüber den Bolschewiken aus, wenn es auch die letzten Reste seiner einst so mächtigen Kriegsmarine verliert? Die Bolschewiken, die nach über sieben Kriegsjahren und fünf Panzerkreuzern verfügen, würden sich dies ins Bewußtsein laden.

## Die Frage des Kaiser-Wilhelm-Kanals.

Paris, 12. März. Der „Temps“ verlangt für den Fall, daß der Kaiser Kanal nicht internationalisiert wird, die Besetzung der benachbarten Gebiete des Kanals von Preußen. Die Gebiete dürften nicht einmal unter die Oberhoheit eines anderen deutschen Bundesstaates kommen. Eine künstliche Vergrößerung des deutschen Gebietes könnte angelehnt der altdeutschen Forderung des „Dänischen Gebietes“ kommen, dagegen weist der „Temps“ darauf hin, daß 1864 diese Gebiete, deren Bevölkerung weder Preußen, noch Oesterreich waren, sondern ein eigenes Staatsgebilde wollten, gegen ihren Willen an Preußen gekommen seien.

## Die Alliierten hätten heute das Recht, der deutschen Bevölkerung in Preußen-Schleswig-Holstein Unabhängigkeit zu gewähren.

Die Grenze werde durch ein Abgleich geregelt. Im Süden müßte sie mit den früheren Grenzen von Holstein und Danenbun zusammenfallen, wobei Hamburg etwas Autonomiefreiheit gegeben, dagegen das Fürstentum Lübeck in den neuen Staat einbezogen werden sollte. Die Unabhängigkeit und Neutralität des neuen Staates müßte der Kontrolle des Völkerbundes unterstellt werden.

## Küßbender über deutsche Kriegsgefangener.

Amsterdam, 12. März. Reuter meldet aus London, daß 500 deutsche Kriegsgefangene aus Dänisch-Schleswig gestern nach Deutschland zurückbefördert wurden.

## Die Verwaltung von Elsass-Lothringen.

Wien, 12. März. Nach dem „Nouvelles de Lyon“ hat der Befehlshaber der 4. französischen Armee, General Gouraud, den Sitz seines Hauptquartiers von Straßburg nach Colmar verlegt, da infolge der Wiederherstellung der Armeekorpsverteilung aus der Friedenszeit Lothringen als Sitz des 22. und des Elsas als Sitz des 23. Armeekorps vorgesehen war. Nach dem „Petit Journal“ hat der Oberste Rat für Elsass-Lothringen in Straßburg seitdem verschiedene Sitzungen abgehalten, in denen die Wünsche auf eine bessere Verwaltung Elsass-Lothringens, namentlich durch Aufhebung der Zentralfürsorge der Verwaltung in Paris, zur Verhandlung kam. Betont wurde die Notwendigkeit, die deutschen Elemente aus allen öffentlichen Ämtern zu entfernen.

## Vom internationalen Völkerbundskongreß.

Wien, 12. März. Die heutige Vormittagsitzung des internationalen Völkerbundskongresses wurde mit der Vorlesung folgender, von Professor Nicolai (Deutschland) vorgeschlagener Resolution der deutschen Teilnehmer eingeleitet, die mit 20 gegen 8 Stimmen bei einer Stimmenthaltung zur Annahme gelangte:

„In Anbetracht der Tatsache, daß die Zentralmächte alle zuerst von Serbien, dann vom Jaren gemachten Vorschläge einer Entschärfung des Konfliktes durch den Haager Schiedsgerichtshof abgelehnt haben, ferner, daß die entscheidende Kriegserklärung an Serbien, Rußland und Frankreich von den Zentralmächten ausgegangen ist, erklären die auf dem internationalen Völkerbundskongreß anwesenden Deutschen: Es liegt im Interesse des deutschen Volkes, wie des zu gründenden Völkerbundes die Frage der Schuld an der Entschärfung und Verlängerung des Weltkrieges vor einem deutschen Tribunal unter Vorlegung sämtlicher, in deutschen Archiven befindlicher Dokumente zu untersuchen und die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen.“

## Die Geschehnisse im Reich.

### Ruhe im Ruhrrevier.

Wien, 12. März. Die Gesellschaft der Gewerkschaft „Deutscher Arbeiter“ und der „Reichs- und „Lokal“ sind in der heutigen Vormittagsitzung wieder vollständig eingetreten. Die Streikbewegung im Ruhrrevier ist damit vollständig beendet.

### Neue Kräfte in Düsseldorf.

Düsseldorf, 12. März. Bewaffnete Spartakisten versuchten in der vergangenen Nacht einen Anschlag auf die Mannesmannfabrik, der von der Wache abgeblasen wurde. Ein nach einer Stunde wiederholter Angriff, bei dem zahlreiche Schüsse abgegeben wurden, wurde ebenfalls abgewiesen.

### Ein Spalting der Sozialisten in Bayern.

München, 12. März. (Privat.) Ingeachtet wiederholter Verhandlungen hat der Münchener Verein der Unabhängigen Sozialen Partei den Reichssozialisten eine förmliche Abgabe zugehen lassen. Er verwirft ein Kompromiß mit der bürgerlichen

Demokratie, wie eine sozialistisch revolutionäre Front, die ihren Teil der arbeitenden Bevölkerung ausschließt. Er erklärt in der kommunistischen Partei eine Reorganisation mit gemeinsamen Basis, zu der auch die Reichssozialisten gewonnen werden sollen.

Er verwirft die Münchener Verhandlungen vom 7. u. 8. März, nichtig das Verhalten der Fraktionen im Rückgang und lehnt es ab, auf der Grundlage der Verhandlungen sich mit den Reichssozialisten an der Bildung eines Ministeriums zu beteiligen. Er überläßt diesen Fraktionen die Verhandlungen für die Kompromißpolitik und sieht für die nächste Zeit keine Hauptaufgabe in der geistigen Reorganisation der Massen, in ihrer Vorbereitung zum Kampf. Der Verein fordert die Einberufung eines sozialdemokratischen Landesparteitags, der auch zu den Berliner Beschlüssen Stellung nehmen solle.

Die „Münch. Post“, das Organ der Reichssozialisten, nennt diese Abgabe der Unabhängigen ein Verbrechen von politisch schändlicher Arbeit.

## Zur Lage in Berlin.

### Kämpfe mit Spartaisten.

Wien, Berlin, 12. März. In der Abendzeitung wurde durch Truppen der Gardeabteilung in der Spartaistenkämpfe berichtet. Die Kämpfe wurden erst mit der Wache niedergelassen. 34 Spartaisten wurden erschossen, die anderen gefangen genommen. Es wurde eine große Anzahl Waffen dort gefunden.

### Die „Weltrevolution“ beschlagnahmt.

Wien, Berlin 12. März. In der letzten Nacht drangen einige Soldaten der G.M.S.D. in die Redaktionsräume der „Weltrevolution“ ein und beschlagnahmten viele Exemplare des Blattes, Schriftstücke, Plakate usw. Darauf wurde eine Streife in die Wilmersdorferstraße geschickt, wo sich eine Ausgabe der „Weltrevolution“ befand. In beiden Stellen wurden die Mannschaften von den Wachen aus beschossen.

### Die Berliner Börse wiedereröffnet.

Wien, Berlin, 13. März. Der Börsenvorstand beschloß heute die Wiedereröffnung der Börse.

### Zur Besetzung Nittenbergs.

Wien, Berlin, 12. März. Die Besetzung des Ostens von Berlin einschließlich Nittenberg durch die deutsche Schutzdivision des Reichs und die Gardeabteilung in Nittenberg ist planmäßig durchgeführt. Die Kämpfe waren im allgemeinen nicht allzuheftig. In verschiedenen Stellen kam es jedoch zu heftigen Einzelkämpfen. So wurde am Bahnhof Nittenberg eine große Anzahl Gefangener gemacht. Viele Fälle beschlagnahmter Spartaisten sind einwandfrei festgestellt. Die Wache an Wollan 15 ist stark. Ein Regiment allein meldete bereits am Nachmittag 15 Löwe, 30 leichte Maschinengewehre und einen Minenwerfer sowie 100 Gewehre. Auf dem Bahnhof wurde ein offener von auswärts hergeführter Wagon mit Behältern beschlagnahmt. Auch größere Bestände an Lebensmitteln fielen in die Hände der Regierungstruppen. Die Verluste der Regierungstruppen sind nicht erheblich.

## Deutsche Nationalversammlung.

Wien, Weimar, 13. März. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 15 Min.

Zunächst führt Reichswehrminister Noske bezüglich der Berliner Vorgänge aus, daß nachdem die Schlichtung eine Woche geblieben habe, der Zustand nunmehr als niedergefallen betrachtet werden könne. Nur noch in einzelnen Vororten ist die Säuberungsaktion vorzunehmen. Es würde versucht werden, die Entwarnung sobald als möglich durchzuführen. Daß es in Berlin zu solchen maßvollen Kämpfen, zum Worden und Wenden gekommen sei, sei zum größten Teil auf das Schuldkonto einiger Blätter, voran der „Roten Fahne“ und der „Freiheit“ zu legen.

Als Gast wird vom Präsidenten zur Ordnung gerufen, weil er in einem Zwischenruf Noske als unverschämten Gefallen bezeichnet habe. Dann fährt Reichsminister Noske fort: Monatelang hatten diese Organe die Berliner Bevölkerung strapaslos aufgereizt, so die „rote Fahne“ in ihrer Nummer vom 6. März, worin Noske beschuldigt wird, die proletarischen Handhabe in Deutschland geschickt zu haben und worin die sozialdemokratische Regierung als Pöbelherrscher der deutschen Proletariat hingestellt wird.

## Zur Lage im Osten.

### Schulen in deutschem Besitz.

Wien, Litau, 12. März. Im weiteren Vordringen wurde den Bolschewiken der wichtige Eisenbahnknotenpunkt Schaulen, an dem die Bahnen Tilsit-Mitau und Litau-Dünaburg sich treffen, unter schweren Kämpfen entziffen. Nördlich davon wurde Sagarren an der litauisch-litauischen Grenze genommen.

### Danzig nicht den Polen zugesprochen.

Wien, Bern, 13. März. Eine in der „Gazette de Lausanne“ veröffentlichte polnische Propaganda, wonach die Pariser Konferenz den Polen Danzig zugesprochen habe, trifft mit einer heute veröffentlichten Meldung Cagins in der „Neuen Zürcher Zeitung“ zusammen, wonach es gegen jede Berechtigung und gegen jedes Selbstbestimmungsrecht verstanden würde, wenn Danzig den Polen gegeben würde. Die Polen sollen natürlich einen Zugang zum Meere haben, aber nicht einen, der ihnen nicht gebühre.

### Bereinigung der ukrainischen Gebiete.

Wien, Bern, 13. März. Die französische Presse meldet, daß der Präsident des ukrainischen Direktoriums vom Besuch der westukrainischen Republik (des früheren Ostgalizien) in Stanislaw angetommen ist, um die Bereinigung aller ukrainischen Gebiete vorzubereiten.

## Deutsch-Oesterreich.

### Die österreichisch-ungarischen Beziehungen.

Wien, 13. März. Nach einer Meldung des Wiener Korrespondenten kann von einem formellen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und der österreichisch-ungarischen Republik keine Rede sein, wenn auch eine diplomatische Spannung wegen der tschechoslowakischen Behandlung Deutsch-Oesterreichs besteht und der übliche tägliche Verkehr mit der tschechoslowakischen Gesandtschaft unterbrochen ist.



Das Schicksal des linksrheinischen Gebiets.

Karlsruhe, 13. März. Die Mitteilungen der Bielefelder „Westf.“ über die Zukunft der Rheinlande finden ihre Ergänzung in weiteren Darstellungen. Danach schildert der amerikanische Korrespondent G. Glawons, wie er sagt, auf zuverlässiger Grundlage das Schicksal der Länder am Rhein folgen demnach:

Die elsässisch-lothringische Frage wird nicht wieder eröffnet werden, die abgelehnte deutsche Forderung nach einer Volksabstimmung im Elsaß-Lothringen wird abgelehnt, kurz Elsaß-Lothringen wird fortan als französisches Gebiet betrachtet, das 1871 Frankreich geraubt und von ihm im Augenblick der deutschen Niederlage im November 1918 zurückgewonnen wurde. Ferner wird man Frankreich gestatten, das verhältnismäßig kleine, aber wegen der reichen Kohlenvorkommen wichtige Gebiet des Saarlandes einzuverleiben, nachdem die Deutschen die französischen Kohlenbezirke des Nordens für wenigstens zehn Jahre außer Betrieb gesetzt haben. Schließlich wird zwischen Belgien und Frankreich westlich des Rheins eine Rheinische Republik errichtet werden, die zwischen Deutschland und den Ländern, die es 1914 mit Krieg überzog, als Pufferstaat dienen soll.

Die Frage der Rheinischen Republik soll folgendermaßen gelöst werden: Zunächst ist keine Rede davon, daß Frankreich oder Belgien, abgesehen vom Saargebiet und zwei oder drei französisch sprechenden Städten an der belgischen Grenze, unter denen Namur die größte ist, irgendeinen Teil dieses Gebiets annectieren wollten. Das heißt für jetzt und für die Zukunft fest; es ist nicht daran zu denken, daß dieses Gebiet jemals, sei es von den Franzosen oder von den Deutschen einverleibt werden wird. Es wird anerkannt, daß es deutsch ist; es wird anerkannt, daß die Annexion durch Frankreich dort ein neues und gefährliches Elsaß-Lothringen schaffen und eine deutsch-patriotische Bewegung hervorrufen würde, die sich für die Zukunft ebenso als ein Friedenshindernis herausstellen würde, wie es die Einverleibung Elsaß-Lothringens nach 1871 war. Dagegen glaubt man, daß die Bewohner dieses Gebietes, wenn sie erst dem preussischen Einfluß, der außer in der Pfalz das westliche Rheingebiet hundert Jahre beherrscht hat, entzogen sind, sich bis zu einem gewissen Grade von dem üblen Einfluß des preussischen Geistes unabhängig machen werden, zumal, da ihnen natürlich dieser preussische Geist unpopulär ist und sie sich einst von den Ideen der französischen Revolution hatten durchdringen lassen. Aber es wird anerkannt, daß es unmöglich und auch unbillig wäre, dieser Bevölkerung das Recht der Selbstbestimmung zu nehmen. Als Ergebnis ist man daher übereingekommen, daß die Rheinische Republik nur so lange bestehen soll, bis Deutschland seinen finanziellen Verpflichtungen gegen Frankreich und Belgien nachkommen kann und alle Verpflichtungen erfüllt haben wird, die ihm der neue Vertrag auferlegt. Ist das geschehen, so werden die Besatzungstruppen, die bis dahin am Rhein Recht hatten, zurückgezogen und dann wird es der Bevölkerung der Rheinischen Republik überlassen werden, nach ihrem freien Willen zu entscheiden, ob sie zu Deutschland zurückkehren oder als ein unabhängiger Staat weiter bestehen will.

Will man sich auf einfache Weise klarmachen, was Frankreich und Belgien mit der Errichtung dieser neuen Rheinischen Republik bezwecken, so nehme man eine Karte von Westeuropa und ziehe eine Linie zwischen Belgien, Luxemburg Elsaß-Lothringen zum Rhein. Daraus erhellt, daß, solange dieser Staat besteht, Frankreich und Belgien zwischen sich und dem deutschen Einfluss den breiten Gürtel eines Gebietes von 4 bis 5 Millionen deutscher Bevölkerung haben, einen neuen Staat, der, wie die Schweiz, sich wirksam zwischen nationale Eifersüchteleien stellt und die unmittelbare Gefahr eines Zusammenstoßes infolge von Grenzfällen fernhält. Sollte dieser Staat, wenn für ihn die Stunde der Selbstbestimmung geschlagen hat, sich dahin entscheiden, daß er sein selbständiges Dasein fortsetzen will, so wird er die Zahl der kleinen Nationen, denen der Völkerverbund ihren Bestand verbürgt, um eine vermehren; beschließt er aber, zu Deutschland zurückzukehren, so wird er zweifellos nach den Jahren der Trennung von preussischem Einfluss erheblich zur Stärkung des liberalen Elements in Deutschland und so zur Abkühlung der Gefahr eines neuen Angriffes durch deutschen Imperialismus und deutschen Militarismus beitragen.

So lange Deutschland seine Verpflichtungen nicht abgelöst hat, wird es in die Besetzung seiner rheinischen Gebiete einzuwilligen haben, so wie es nach 1871 die östlichen Departements Frankreichs so lange besetzt hielt, bis dieses die ihm von Bismarck auferlegte Entschädigung bezahlt hatte. Während dieser Zeit der Besetzung werden die Länder am Rhein von Deutschland getrennt, und es wird ihnen gestattet, ihre eigene politische Organisation und ihr eigenes politisches Leben zu haben, aber nicht als ein Teil Deutschlands. Statt dessen haben sie sich zu einem eigenen unabhängigen Staat zusammenzuschließen, in dem die Ordnung durch die Heere der Verbündeten aufrechterhalten wird und in der gleichen Weise gegen die Gefahren der deutschen Revolution wie gegen die Möglichkeit einer Einverleibung durch Frankreich oder Belgien gesichert ist. Mit einem Wort, diese Länder sollen für die bestimmte Zeit der Besetzung durch die Verbündeten, die ein Jahrzehnt dauern kann, unter der gemeinsamen Aufsicht aller Nationen, die den Völkerverbund unterzeichnet haben, und während dieser ganzen Zeit wird Deutschland am Rhein endigen, Frankreich aber wird sich von den Banden des Krieges erholen können und wird keinen neuen deutschen Angriff mehr zu fürchten haben.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Karlsruhe, 13. März. Vom Konzerthaus wird uns geschrieben: Die nächste Aufführung im Schauspiel findet Montag, den 17. März statt: „Sigmund Brau“, Schauspiel in 4 Akten von Johannes Böjer.

Darmstadt, 12. März. Das Darmstädter Hoftheater hat den Termin der Aufführung der neuen komischen Oper „Gundermann“ von Engelbert Humperdinck vom 16. auf den 18. März v. J. verlegt. In dieser Vorstellung des genannten Wertes, das die Romantik und Poesie des Studentenlebens schildert und der deutschen Studentenschaft gewidmet ist, hat die Intendanz den Redatoren, Senatoren und Professoren aller Fakultäten sowie den studentischen Korporationen der benachbarten Universitäten und Technischen Hochschulen in Darmstadt, Heidelberg, Gießen, Marburg, Freiburg, Frankfurt a. M., Würzburg, Tübingen, München, Karlsruhe Einladungen zugehen lassen. Die Aufführung ist als studentisches Fest gedacht, das gleichzeitig dem großen Tonbildner den Dank der akademischen Jugend übermitteln soll.

Sternheimbend Dr. Noemmes.

E.N. Karlsruhe, 13. März. In seinem gestrigen Vortragabend dominierte sich Dr. Noemmes keine Zuhörerschaft für den bisher in offeneren noch weniger bekannten Dichter Carl Sternheim zu interessieren. Abweichend von seinem bisherigen System, eine Kenntnis der früher behandelten Dramatiker voranzuführen, ihre Werke hauptsächlich vom rein persönlichen Standpunkt aus zu beurteilen, gab der Redner dieses mal wesentlich ein äußeres Bild der Sternheim'schen Komödien, indem er ihren sachlichen Inhalt wiedergab und daran anschließend erst den Kern herausstülpte.

Über den jüdischen, romantisch angehauchten Sternheim („König und Königin“), („Mrid und Brigitte“) führt „Don Juan“, die Tragödie der Begierde zum heutigen Sternheim, der in origineller Weise seine Ideen nicht nur erfasst, sondern auf ein bestimmtes Ziel hin aufbaut und aufspitzt.

und die Wiederherstellung Frankreichs und Belgiens kann sich ohne deutsche Störungen vollziehen.

D. Berlin, 13. März. (Privattelegr.) Die Reichsregierung erläßt heute nachmittag eine Kundgebung zugunsten der besetzten westrheinischen Gebiete. Diese ist unterzeichnet vom Ministerpräsidenten Scheidemann und richtet sich in der Hauptsache gegen französische Ansprüche.

Badische Nationalversammlung.

3. Öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 13. März. Zu Beginn der von Präsident Kops eröffneten Sitzung erklärte Abg. Kiefer (Ztr.), daß er vor sechs Wochen eine Interpellation wegen der Arbeiterschaft in Schopshcim eingereicht, bisher darauf aber keine Antwort bekommen habe. — Abg. Dr. Lefer (Dem.) erklärt in ähnlicher Lage zu sein. Schon vor längerer Zeit habe er unterstützt von anderen Heidelberger Abgeordneten eine kurze Anfrage an die Regierung gerichtet, dahingehend, was sie zu tun gedenke, um der großen Kartoffelnot abzuhelfen. Die Einreichung der kurzen Anfrage würde illusorisch, wenn nicht schnell eine Antwort darauf erfolge.

Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten und die Beratung über den Gesetzentwurf bet.

Die Aenderung der Gemeinde- und Städteordnung.

fortgesetzt. — Abg. Geß (Soz.) erklärt, das Gesetz habe im Lande Befriedigung hervorgerufen. Redner dankte dem Berichterstatter des Justizauschusses Abg. Straub (Ztr.) für die schnelle Förderung der Arbeit und begründete eingehend den Antrag seiner Fraktion, nach dem die Oberbürgermeister und Bürgermeister nur noch auf 6 Jahre (bisher 9 Jahre) gewählt werden und wieder wählbar sein sollen. (Im Justizauschuß war dieser Antrag mit 10 gegen 6 Stimmen bei Stimmenthaltung eines demokratischen Mitgliedes abgelehnt worden.) Ein weiterer Antrag der Sozialdemokraten geht dahin, daß die Gemeindevorstände spätestens Mitte Mai ds. Js. vor sich gehen sollen. Gern hätten wir es gesehen, wenn auch überall Neuwahlen für die Oberbürgermeister und Bürgermeister, deren Wahlzeit noch nicht abgelaufen ist, vorgenommen worden wären. Wir sind mit unserem Vorschlag aber nicht durchgekommen. Auf jeden Fall erwarten wir von der neuen Regierung, daß sie in Würde die gesamten Gemeindevorstände und Städteverordnungen einer unpassenden Umgestaltung unterwirft, denn hier ist sehr vieles veraltet.

Präsident Kops: Es lag schon gestern ein Schreiben des Ernährungsministers vor, mit der Mitteilung, die Interpellationen und kurzen Anfragen über Ernährungsfragen jederzeit beantworten zu wollen.

Abg. Vogel (Dem.): Auch ich bin jederzeit ein Gegner des Dreiklassenwahlrechtes gewesen, aber das muß ich doch sagen, so schlecht wie das verfaßte preussische Dreiklassenwahlrecht war das unsere in Baden nicht. Die von den Sozialdemokraten beantragte Herabsetzung der Dienstzeit der Bürgermeister von 9 auf 6 Jahre, lehne ich ab; es ist notwendig eine größere Stetigkeit in den Leitungen der Städte zu wahren, denn die künftigen Aufgaben der Städte sind gewaltig. Da ist es notwendig, daß der führende Mann in Ruhe seine Pläne ausarbeiten lassen und sich falls er neigewählt ist, einarbeiten kann. Eine Staatsaufsicht der Städte muß sein, eine Staatsdenormierung lehne wir aber ab, sie muß fallen, damit sich die Städte wieder erholen können.

Abg. Mayer-Karlsruhe (D.M.): Unsere Städte gehen einer schmerzlichen Zukunft entgegen. Gegenüber einigen Teilen des neuen Gesetzes haben wir große Bedenken. Die Techniker kommen in der Verwaltung der Städte, abgesehen sie auch hier besonders und bedeutenden Aufgaben haben, nicht zu der Anerkennung, die ihnen gebührt. Die Techniker wünschen, daß wie in Preußen auch in Baden die technischen Vorstände der Ämter Sitz und Stimme im Stadtrat erhalten.

Berichterstatter Abg. Straub (Ztr.): Nach § 3 der Verfassung sollen die Wahlen am Sonntag stattfinden. Darunter sollen aber die durch den Bürgerausschuß vorzunehmenden Wahlen nicht. Das sollte auch im Wahlgesetz ausdrücklich festgesetzt werden, oder in der Verfassung einen Ausdruck finden. Den Wahlen wird das Ergebnis der letzten allgemeinen Volkszählung zugrunde gelegt. Die letzte solche Volkszählung die in Betracht kommt ist die von 1919, nicht jene von 1915, die nicht statistischen Zwecken diente, sondern anderen Zwecken.

Abg. Bierneisel (Ztr.): Das Dreiklassenwahlrecht hat seine Berechtigung gehabt in der Zeit in der es eingeführt wurde, die neuere Zeit hat andere Auffassungen gebracht. Redner bejaht nicht mit der Gemeindeordnung für die ganz kleinen Gemeinden und mit dem Bürgergesetz für die Gemeindevorstände. Die Bürgermeister verdienen mit Zug und Recht eine Anerkennung. Der Krieg hat den Bürgermeistern viele Aufgaben gebracht. Wenn man dazu kommt, die Amtsdauer der Bürgermeister herabzusetzen, müßte auch § 39 des Bürgergesetzes für Gemeindevorstände abgeändert werden. Er hoffe, daß das viele Wertvolle im Gesetz den Gemeinden zum Wohle gereiche.

Frau Abg. Weber (Dem.): Die Tätigkeit der Frau in der Armenverwaltung war durch die Seltenheit der Zusammenberufung nur symbolisch. Von größerer Bedeutung war diese Tätigkeit in der Kriegsfürsorge. Das Hauptgebiet der Frau wird sein und bleiben

die Wohlfahrtspflege. Aufgabe der Stadtverwaltung wird es sein, die Organisationen auf diesem Gebiet zu vereinfachen. Die schmerzliche Hinterlassenschaft des Krieges und die Jugendfülle machen es nötig, daß noch mehr Frauen in der Gemeindegewalt beschäftigt werden, und zwar nicht nur ehrenamtlich, sondern auch berufsmäßig. Fürsorgerinnen sollten auch in der Jugendfürsorge Arbeit übernehmen, die bisher der Schachmann tat, für die er sich aber nicht gut eignet. Es wird nun auch die Rede sein von den Müttern der Stadt und sie müßte, daß sie dort so gute Arbeit leisten wie in ihrer häuslichen (Lebh. Beifall.)

Abg. Wiedemann (Ztr.): Die Staatsverdrossenheit war schon vor dem Kriege groß, sie ist es auch jetzt noch. Wenn unser Volksstaat richtig aufgebaut werden soll, muß man damit in den Gemeinden beginnen. Die Selbstverwaltung muß erneuert werden, auch die Frauen müssen herangezogen werden. Die Einkommenssteuer muß mehr herangezogen werden. Die Vorrednerin hat ausgiebig von der Frauenarbeit gesprochen. Man muß zugeben, daß die Frau viele Aufgaben einer ganz anderen Art hat, als der Mann. Wir müssen uns mehr um die Verhältnisse der Großstädte kümmern. Man ziehe alle zur Mitarbeit heran, das muß mehr zur Staatsbürgerlichen Erziehung als die besten gelehrten Vorträge. Es wurde von der Gemeindevorsteherin gesprochen, wir sind dafür, daß der Verdienst von 1,6 bleibt. Den sozialdemokratischen Antrag auf jährliche Amtsdauer der Bürgermeister lehnen wir ab.

Bezirkspräsident Remmel hat den Vorsitz übernommen.

Abg. Schön (Dem.) Die Gemeindevorstände die nicht 1911 am gestellt wurden, hoffen nach drei Jahren abgelöst zu werden, sie haben sich schwer getäußt, sie müßten 7 Jahre den schwersten Dienst tun und waren dabei der schärfsten Kritik ausgesetzt. Der Gesetzentwurf bringt ungewollt eine Verbesserung. Das Dreiklassenwahlrecht verdient keinen Nachruf. Die Bürgermeister im Lande hätten die direkte Wahl der Bürgermeister für die bessere, der gegenwärtige Zeitpunkt ist aber dazu nicht geeignet. Die Amtsdauer sollte man auf 9 Jahre belassen.

Abg. Müller-Schopshcim (Soz.) In den Gemeinden ist manches unterblieben aus Rücksicht auf den eigenen Geldbeutel. Die viele Arbeit der Bürgermeister schäme auch wir, aber eine die Nachschreiber hätte manches nicht gemacht werden können. Er hoffe, daß in wenigen Wochen in jedem Bezirk auch ein paar sozialdemokratische Bürgermeister sind. Redner begrüßt die Realisierung der Gemeindevorstände.

Abg. Martin (Ztr.) wünscht eine größere Selbstständigkeit der Gemeinden. Die Staatsaufsicht sollte nur da bestehen, wo sie abgesehen nötig ist. In manchen Kreisen bestehen Bedenken gegen das Wahlalter von 20 Jahren, und die Wahlberechtigung von Instanzstellen. Die Dienstdauer der Gemeindevorstände von sechs Jahren hätte man behalten können. Auf den Lande besteht keine Sehnsucht nach häufigen Wahlen und Wechseln. Der Hauptgrund des Unwillens gegen die Bürgermeister auf dem Lande ist darin zu suchen, daß sie das Volkswort der Kommunalverbände sind. Es gibt eben Leute, die diese Arbeit nicht als Pflichterfüllung, sondern als Eingriff in ihre Freiheit betrachten.

Ein eingegangener Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen.

In der Einzelberatung wurde der sozialdem. Antrag auf 6jährige Amtsdauer der Bürgermeister (bisher 9jährige) gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Abg. Benede (Dem.) tritt für die direkte Wahl der Bürgermeister ein und weist darauf hin, daß in Württemberg, trotz direkter Wahl viele Gemeinden hervorragende Bürgermeister haben.

Abg. Dr. Lefer (Dem.) begründete darauf seinen Antrag betr. die Leitung der Gemeindevorstände in Gemeinden von 2000 bis 4000 Einwohnern, wodurch die Bildung mehrerer Wahlkommissionen ermöglicht wird.

Abg. Seubert (Ztr.) bemerkt, Dr. Lefer habe mehrere Wahlkommissionen nur für Gemeinden von 2000 bis 4000 Einwohnern verlangt. Auf dem Schwarzwald bestehe auch in kleineren Gemeinden ein Bedürfnis danach. Er beantragt daher, die Worte „in Gemeinden von 2000 bis 4000 Einwohnern“ zu streichen.

Mit dieser Aenderung wurde der Antrag Dr. Lefer einstimmig angenommen.

Abg. Geß (Soz.) erklärte, grundsätzlich könne sich seine Fraktion für die Pensionierung der Bürgermeister nicht erwärmen. Sie stimmte deshalb gegen den betr. Absatz. Dieser wurde daraufhin gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Ein Antrag des Abg. Martin (Ztr.) betr. die zusammengelegten Gemeinden, wodurch die Bildung eines Bürgerausschusses abgesehen werden soll bei 200 Einwohnern statt bisher 1000 Einwohnern wurde einstimmig angenommen.

Hierauf wurde das Gesetz in namentlicher Abstimmung mit 98 Stimmen einstimmig angenommen. Die Petition wurde hierdurch erledigt erklärt.

Schluß der Sitzung 1 Uhr. Nächste Sitzung nachmittags 1/4 Uhr. Tagesordnung: Interpellationen.

Dr. Langenbachs Sanatorium Neckargemünd b. Heidelberg für Nerven-, innere Kranke u. Erholungsbedürftige Prospekte frei.

Nach „Leidendes Weib“ und „Der Charmant“ folgt sein charakteristisches Hauptwerk, der aus 6 Einzelakten bestehende Cplaus „aus dem bürgerlichen Heidenland“. Wenn diesen Komödien die leicht der eigentliche Humor fehlt, so liegt die Komik in der Art des Aufbaus, in der Gestaltung und in der witzigen Färbung des Dialogs. Sternheim zeigt uns den Bürger nicht mehr als Individuum, als Charakter, sondern als Masse, als personifizierte Schablone. Dieser moderne Bürger wird definiert, wie er seinen „heroischen Kampf“ gegen das Menschtum führt. Er ist ein Feststellungsaktus für einen Typ, wird vom Dichter weder geliebt noch geachtet, sondern einfach getrennter als der Streber nach äußerer Machtstellung. Sternheims Komödien verkörpern den Durchschnittsmenschen in den verschiedensten Schattierungen. Nach dem „Aufstakt „Die Hofe“ und „Die Kassetten“ wird in „Bürger Schappel“ am Klaffengeist der Bürgerklasse gerüttelt, „Randboten“ ist die Komödie der Wahlen, „Enob“ verpötte das Strebertum des Parvenus, „1913“ geißelt den internationalen egoistischen Kapitalismus. „Perleberg“ fällt gegen diesen Cplaus ab, weil ein wirklicher Mensch in diese Welt der Allgemeinheiten eintritt. „Tabula rasa“ bedeutet ein würdiges Pendant zum „Randboten“. Hier politisches Strebertum in sozialistischem Rahmen.

Sternheims Sprache typisiert nicht mehr, sie ist immer und in allen Jüben ein in ein System eingezwungenes ironisches Pathos. Sternheim ist offen und rücksichtslos im Ausdruck, ein Beweis für seine dichterische Gestaltungskraft und seine Eigenart. Der Weg der Kunst löst sich nicht vorwärts, der wahre Dichter bahnt ihn sich selbst. Und man mag sich zu Sternheims Komödien stellen, wie man will, jedenfalls schuf er neue künstlerische Werte, und berechtigt auch künftighin zu nicht geringen dichterischen Hoffnungen.

Aus dem Karlsruher Konzerleben.

# Karlsruhe, 13. März. Ueberall Hochstuf, auf dem politischen wie auf dem künstlerischen Gebiet. Wir haben daher gleich über mehrere Konzerte zu berichten, die in den letzten Tagen stattfanden. Unter Mitwirkung der Damen Sommer-Warzer und Elise Voos gab

der bekannte hiesige Geiger, Herr Post, einen Sonaten-Abend, dessen künstlerische Ergebnisse nicht in allen Teilen gleich aus, im Ganzen aber doch recht ansprechend waren. Herr Post, dessen Ton warm und rein ist, spielt etwas aufgeregt, und das nimmt seinem Vortrag an Kraft und Ausdruck ab, und da die volle Wirkungsmöglichkeit. Sommer-Warzer nahm sich der Begleitung mit viel Liebe an und Herr Voos zeigte in einigen Liedern gepflegte Tongebung und feines künstlerisches Leben.

Das am vergangenen Montag von der einheimischen Pianistin, Frau Vera Weill, veranstaltete Konzert beschränkte namentlich nach der Klavierliteratur Seite hin ausgezeichnete Eindrücke. Die bedeutende Technik der Konzertgeberin fand aufs neue lebhaftes Bewunderung und Anerkennung. Reiche Farbenklänge wirkte sie namentlich bei Werken Chopins, Sofia Reniers, Tchaikowskys und Dr. Liszts aus und verleiht. Herr van Gorkom sang mit weicher, edler Tongebung und inspiriertem Vortrag Balladen und Lieder von Lobe, Brahms, Schubert, Schilling und Strauß. Sehr ausdrucksvoll und anerkennenswert war die Klavierbegleitung von Frau Elise Weill.

Der gestrige zweite Streichquartettabend der Herren Weisser, Lühje, Müller und Trautmetter hatte sich wieder eines guten Besuchs und starken Beifalls zu erfreuen. An der Spitze des Programms stand Mozart mit seinem einflussreichen D-Quartett (Köchel-Bez. 478), woraus ein von den dreien, die er dem König Friedrich Wilhelm II. von Preußen gewidmet hat. Dieser fürstliche Besteller liebt besonders das Violoncello, dem dem auch in diesen Quartetten ein gewisses Recht eingeräumt wurde. Gerade das D-Quartett setzt Mozart's Kunst im besten Lichte. Unvergleichlich diese feinsten Gesinnung diese Welt- und Lebensüberlegenheit! Selten hat der menschliche Geist diese Höhe starker, innerer Harmonie erreicht. Der Hingebungsart diese feine abgemessene Vortrag der vier Spieler brachte das gewöhnliche Publikum zu bester Wirkung.

Auch Beckhous öfters gebildetes D-Quartett op. 60 Nr. 1 und Smelanas bekanntes Quartett „Aus meinem Leben“ fanden eine liebevolle Wiedergabe, die freilich in einigen Teilen noch mehr Wärme, Klarheit vertragen hätte. Doch entschädigte dafür das warme, geistreiche Musikern, wozu sich die Konzertgeber auch den lebhaftesten Beifall der dankbaren Zuhörerchaft erzangen.



Badische Chronik.

Karlsruhe, 13. März. In Reichstagskreisen ist die Vermutung ausgeprochen worden, das neue Biersteuergesetz werde vermutlich nicht am 1. April in Kraft treten...

Wormheim, 13. März. Zu der hier ausgebrochenen Typhusepidemie berichtet der 'W. Anz.' u. a. noch folgendes: Die Seuche griff bis jetzt schnell um sich und rief hunderte von Erkrankungen hervor...

Wormheim, 13. März. Noch in dieser Woche wird ein Lebensmitteltransport von Rotterdam in Mannheim erwartet. Am letzten Samstag ging eine Lebensmittelbesorgung der Alliierten von Rotterdam nach Duisburg ab.

Wormheim, 13. März. Eine Reihe der größten hiesigen Firmen, wie Benz, Strebelwerke und andere werden augenblicklich durch Besatztruppen der französischen Behörden kontrolliert...

Heidelberg, 13. März. Der Antrag des Heidelberger Volksrats, den studentischen Vereinigungen das Fortbestehen zu verbieten, ist vom Rektor der Universität abgelehnt worden...

Freiburg i. B., 12. März. Die nationalen Studenten und Studentinnen an der Universität haben im Gegensatz zu der sozialdemokratischen Studentenschaft sich in der nationalen Studenteneinigung organisiert.

Willingen, 13. März. Im Zusammenhang mit Kündigung von Mannschaften des hiesigen Infanteriebataillons kam es gestern nachmittag hier zu einer Massenversammlung der sozialdemokratischen Arbeiter.

In einem Demonstrationzuge begaben sich die Teilnehmer vor das Rathaus und überreichten dem Bürgermeister eine Reihe von Forderungen. Der größte Teil der Betriebe hatte geschlossen.

Neustadt i. Schw., 12. März. Hier machte ein Zugereister einen Einbruch in das Gasthaus 'zum Jägerhaus' und eignete sich zahlreiche Gegenstände, besonders Wäsche, an.

Vollversammlung der Handwerkskammer Karlsruhe.

Karlsruhe, 13. März. Die Handwerkskammer hielt heute vormittag unter dem Vorsitz ihres Präsidenten, Stadtrat Jemmann-Bruchsal, eine Vollversammlung ab.

Präsident Jemmann gedachte in seiner Eröffnungsansprache, wobei er auch die Vertreter der Regierung und des Landesgewerbeamts begrüßte, der deutschen Gesandenen, die noch in Frankreich zurückgehalten werden.

Regierungsrat Bucorius, der Vertreter des Landesgewerbeamts, legte im folgenden der Versammlung die künftigen Aufgaben des Handwerks dar und befaßte sich dabei auch mit der Verteilungsmethode des für das Handwerk brauchbaren Heeresgerätes.

Den Tätigkeitsbericht des Vorstandes erstattete danach Präsident Jemmann. Die bevorstehende Meisterprüfung wird eine überaus starke Beteiligung aufzuweisen haben, da sich 120 Personen darauf vorbereiten.

Der Vorsitzende erörterte des ferneren die Frage eines ehegenen Zusammenschlusses des Handwerks und einer Neuorganisation der Reihen zu den Handwerkskammern, des weiteren die Frage des Ausbaus der hies. Gewerbe- und Handwerkszettelung.

er fern vom Elternhaus in der Arbeit steht. Aufwärts und vorwärts müsse auch die Lösung des Handwerks sein. In der Aussprache über den Tätigkeitsbericht wurde von verschiedenen Seiten die Arbeit des Vorstandes dankbar anerkannt...

Sodann genehmigte die Vollversammlung die Eremierung eines Kammergebäudes, nämlich den Ankauf des Hauses Friedrichsplatz 4, zur Unterbringung der Diensträume und derjenigen der Wirtschaftsstelle.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 13. März. 3000 Mark Belohnung. Seit kurzen sind neue Fälschungen von Reichsbanknoten zu 20 Mark mit dem Datum des 7. Februar 1908 und des 21. April 1910 vorgekommen.

Deutschdemokratische Partei. Die erste Frauenversammlung des Bezirksvereins der Südstadt, die im Gemeindefeierhaus der Südstadt veranstaltet wurde, erregte sich zahlreichen Besuch.

Im Ortsvereine Karlsruhe der Deutschen Nationalen Volkspartei sprach am Dienstag abend der Vertreter dieser Partei im Verfassungsausschuss der Nationalversammlung, Geh. Oberfinanzrat Dr. Mayer, über den Verfassungsentwurf.

Schwarzschiebung. Bei einem Wirt im Stadtteil Ruppurt wurde gestern nacht bei einer Durchsuchung in dessen Schlafhaus ein frisch geschlachtetes Stück Grobisch und ein Schwein vorgefunden und beschlagnahmt.

Israelitische Gemeinde. Den Mitgliedern unserer Gemeinde wird hierdurch bekannt gegeben, daß der Gottesdienst am Freitag Abend und Samstag vormittag...

Instrumentalverein Karlsruhe (E.V.). Eintrachtsaal, Montag, den 17. März 1919, 7 1/2 Uhr.

II. Konzert. Mitwirkende: Frä. Theodolinde Pracht (Sopran), Herr Paul Trautvetter, Kammermusiker (Violoncello), Herr Hermann Knierer, Begleit. Das Vereinsorchester.

Abendkurse. Montag, d. 17. März 1919 beginnen wir mit folgenden Abendkursen:

Reformschule Kirchberg. Höhere Knaben- u. Mädchen- u. Prima aller Schulen-Bereitete, auf jede Schulprüfung, Gebihr, Unterricht, Arbeitsstunden, Sport, Epiel, Wandern, Anfert. v. Kunst. Werkstücken.

Gummikragen - Dauerwäsche. Siebtragen, Gr. 37-41, 5 cm hoch, gibt ab an Lebensdauer. 2494.106

Perser Teppiche. von Privat zu kaufen gesucht. Angabe v. Größe u. Preis. Angebote unt. U. 153 an Postamt Karlsruhe.

Dr. Keul. Facharzt f. Haut- u. Geschlechts-Krankheiten. Sprechstunden von 10-1, 3-5 Uhr, Dienstags und Freitags auch abends von 6 1/2-8 1/2 Uhr.

Dr. med. Eduard Schmitt, prakt. Arzt. Fernsprecher 2274. Habe meine Sprechstunde nach Marienstraße 48, II verlegt und halte dieselbe ab von 8-9 Uhr, 1-4 und 6-7 Uhr.

Achtung! Tabakbranche! Summ besitzswellen Kleinverkauf eines zum Vat. angem. Wollenspinners, zum Zölen des Wollenspinnens, der Wollenspinnerei sich anpassen, von allen Fachleuten günstig beurteilt.

Einstein & Vogler, Dambura 11, Dörchenhof. Alte Maschinen, Motore und Apparate jeder Art, vorwiegend aus Gußeisen, auch ganze fertige Fabrikanlagen.

Werner & Pick, G. m. b. H. Kleinfeldbach (Waden). 3180a.2. Wir haben im Auftrage diverse Polster Markt-Taschen, Taschenmesser, Löffel und Schreibpapier billig zu verkaufen.

Dionys Braun, Beierheim, Gebhardstr. 56. geprüft. Masseur, langjährig im Städt. Vierortbad. Tätig, empfiehlt sich in Massage-Kuren, Fußbäder (Hühneraugen). Komme ins Haus, auch auswärts.

Juweller Widmann Kaiserstr. 112. Juwelen, Gold- und Silber-Waren. Grosse Auswahl i. Konfirmanden-Geschenke. Werkstätte f. Neuarbeiten u. Reparaturen.

Reparaturen an Nähmaschinen und Fahrrädern werden fachmännisch und billig ausgeführt. Emaillieren und Vernicheln von Fahrrädern in bester Ausführung.

Wilhelm Göhler Nähmaschinen- und Fahrradhandlung. Telefon 1519 Waldstr. 40c. Telefon 1519. ODEON-MUSIKHAUS KARLSRUHE. KAISERSTR. 115. TELEFON N. 115.

Wir haben im Auftrage diverse Polster Markt-Taschen, Taschenmesser, Löffel und Schreibpapier billig zu verkaufen. Werner & Pick, G. m. b. H. Kleinfeldbach (Waden). 3180a.2.

Buchenholz, Tannen- und Forlenholz gesägt und gespalten, für Gewerbe und Industrie, sowie für Hausbrand zur Streckung von Kohlen und Koks liefert prompt 3916.32 Carl Finkelstein Holz- und Kohlenhandlung - Bündelholzfabrik Ruppurrerstraße 8 Fernsprecher 5113.

Autofahrten Anton Saas, Blechmeister u. Installateur. 1411. empfiehlt sich für sämtliche Blech- u. Installationsarbeiten zu den billigsten Preisen u. rascher Bedienung.

Für Schuhmacher! Anmeldungen und Umschreibungen zum Bezug von Leder nimmt entgegen bis längstens 20. März 1919, später Meldende können für Lederbelieferung für das zweite Kalenderjahr nicht mehr berücksichtigt werden.

S. Hertel, Lederhdlg., Karlsruhe, Hirschstr. 22. Tel. 1216. Solzriemenscheiben, Treibriemen jeder Art, Riemenwachs, Riemenverbinder jed. Art, sowie alle technische Bedarfsartikel liefert billig.

Mandolinen, Gitarren, Zithern, Harmonikas. Mandolinen, Gitarren, Zithern, Harmonikas. Mandolinen, Gitarren, Zithern, Harmonikas.

Düngeralk. liefern jedes Quantum. Düngeralk. liefern jedes Quantum. Düngeralk. liefern jedes Quantum.

Rundholz und Kantholz zu verkaufen. ca. 5400 Kub. m Rundholz 10/10-14/14 cm stark, 80 cbm Kantholz, bereits neu, zu billigen Preisen. Rab. unt. 37210 in d. 'Bad. Presse'.











